

Bezugs-Preis

In der Postzeitung oder durch Postbestellung... 10 Pf.

Diese Nummer kostet auf allen Verhältnissen und bei dem Postamt 10 Pf.

Redaktion und Expedition: 153 Fernschreiber Johannisplatz 8. Druck-Verlag: 171B. Haupt-Verlag: Carl Damm, Postfach 10.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des königlichen Land- und des königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gepaltene Zeile 25 Pf.

Wettbewerbs... 25 Pf. ... 25 Pf.

Kundenschein für Anzeigen: Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind nach der Expedition zu richten.

Extrakt-Verträge (mit und ohne Morgen-Ausgabe) nach besonderem Vereinbarung.

Die Expedition

ist wochentags außerordentlich geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von C. Damm in Leipzig, Postfach 10, A. & B. Kintzsch.

Nr. 659.

Mittwoch den 28. Dezember 1904.

98. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

- Der Kommandierende General des XIX. Armeekorps, General der Infanterie Graf Vigtum von Eckardt, wird sich in den nächsten Tagen nach Rom begeben, um dem König Victor Emanuel die Ehrenbelohnung König Friedrich August zu motivieren. Die neuen Handelsverträge werden nach amtlicher Mitteilung spätestens Mitte Januar dem Reichstage vorgelegt. Der Kaiser bewilligt Ludwig Pfaff einen Ehrenlohn von 2000 M. vorläufig auf fünf Jahre. In der Nähe von Trier sind beim Schlittschuhfahren sieben Knaben im Alter von 6 bis 15 Jahren ertrunken. In Wien sind Gerüchte über die bevorstehende Ministerkrise in Umlauf, heißt es, daß Koerber längstens morgen von Kaiser empfangen werden wird. In Paris verlangen die Führer eines entschlossenen Trausängertums die Befreiung der acht Pfortenstädte Marokkos, das wenn diese Befreiung dem Staat des Balkans verbracht würde, die Feinde kriegerischer Abenteuer warnen vor übereilten Schritten. Der neue Oberbefehlshaber der Atlantischen Flotte Englands, Lord Bessborough, ist nach acht Tagen, während derer William Henry May ersetzt worden. In Singapur sind zwei japanische Transportschiffe angekommen, die erklärte, das japanische Geschwader, 3 Panzerkreuzer, 4 Kreuzer und Minensucher, folge ihnen; sie dampften nach Westen ab.

Das Kartell mit der Sozialdemokratie.

Von Rechtsanwalt Hermann Martin.

Der Konflikt der innerhalb der freisinnigen Vereinigung über die Frage eines Bündnisses mit der Sozialdemokratie ausgedehnt ist, hat allenthalben die größte Beachtung gefunden. Denn es ist überhaupt das erste Mal, daß diese Frage in einer bürgerlichen Partei vor der Öffentlichkeit aufgeworfen wird. Barth und Raumann sind die ersten Vorkämpfer, die in Wort und Schrift für ein allgemeines Kartell zwischen Liberalen und Sozialdemokraten Propaganda machen. Es wird, wohlwollend, nicht darüber getritten, ob es zulässig ist, nach Analogie des Wahlbündnisses zwischen Ultramontanen und Sozialdemokraten in Bayern zur Durchsetzung einzelner wichtiger politischer Forderungen gelegentlich ein gemeinsames Vorgehen mit der Sozialdemokratie zu vereinbaren. Das wird vielmehr allenthalben abgelehnt. Wenden wir uns nun zu dem eigentlichen Kern der Sache. Wenden wir uns nun zu dem eigentlichen Kern der Sache. Wenden wir uns nun zu dem eigentlichen Kern der Sache. Wenden wir uns nun zu dem eigentlichen Kern der Sache.

Das Bündnis mit der Sozialdemokratie soll ein Schutz- und Trutzbündnis gegen die Reaktion sein. Die Bündnispolitik fragen, während sie ihre Stimmen auf diese schwarze Wolke richten, nicht danach, ob sie mit ihrem Heer das eigene Ziel anvisieren. Sie sitzen in einem Wagnis und werden mit Steinen nach der schlimmen Reaktion, ohne sich darum zu kümmern, daß sie das eigene Haus zerstören. Konfessionelle und Ultramontane haben sich zusammen die Reaktion. Worauf gründet sich nun die Hoffnung der nationalsozialistischen Führer, daß durch ein Bündnis mit der Sozialdemokratie die Macht der Reaktion abgedrängt werden kann? Wird es nicht vielleicht das Gegenteil bewirken? Wird nicht das Gros der freisinnigen Wähler dieser „wunderlichen“ Mischung Barth's und Raumann's über die Verhöhnung der Sozialdemokratie verärgert sein und unter der Deckung der Reaktion stehen? Nur mit dem Unterschied, daß sie künftig nicht mehr freisinnig, sondern kontervaiv oder antikontervaiv oder nationalliberal wählen werden? Anzeichen hierfür sind genug vorhanden. Es darf nicht verschwiegen werden, daß bei der letzten Reichstagswahl die freisinnige Vereinigung die meisten Sitze an die Konfessionellen verlor. Das war nicht vielleicht die Quittung der Wählerkraft auf die sogenannte gemeinsame Ostraktion der freisinnigen Vereinigung und der Sozialdemokraten gegen den Postkorb? Wer wollte leugnen, daß im liberalen Bürgertum eine tiefe, stets wachsende Abneigung gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie ist, eine Abneigung, die durch die Freisinnigen der sozialdemokratischen Partei nur verstärkt wird. In quo studio beherrschten die politischen Köpfe. Das ist in der ganzen Welt. In der parlamentarischen Welt regiert wohl, desto mehr gilt der Satz: Volkstimme, Gottesstimme! Und wenn der süße Saft gelänge, müßte nicht der Freisinn durch ein Bündnis mit der Sozialdemokratie allen moralischen Einfluß auf unser öffentliches Leben, ja auf die Regierung, einbüßen?

Wenn Barth und Raumann sich am Morgen von ihrem Lager erheben, so laßt sich die Reaktion wie ein Alp auf ihre Brust. Wer würde leugnen, daß sie das ist. Aber man soll sie auch nicht übersehen! Vor allem haben das Zentrum und die Konfessionellen keineswegs eine gleichartige politische Klasse. Es gibt keine einheitliche reaktionäre Rechte in Deutschland. In den meisten aktuellen politischen Fragen geht das Zentrum mit der Linken. Vor allem in der Anerkennung des Reichstagswahlrechts. Wenn das Zentrum hat mit diesem Wahlrecht noch immer die glänzendsten Erfolge gemacht. Schon die Rückkehr auf die Hunderttausende katholischer Arbeiter, auf die arbeitslosen Gewerkschaften, verdrängt dem Zentrum, an dem Wahlrecht zu rütteln. In allen Fragen der sozialen Reform, in dem Verlangen nach der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine, der Mehrbestimmung von Lohn und Bier, der Reform des Militärstrafrechts, in der Polen- und Völkerverfrage gehört das Zentrum zur Linken. Die nationalliberale Revolution für die Zwangsversicherung der Konsumverleiher hatte gegen sich Konfessionelle, Zentrum und die Sozialdemokraten! Gewiß, dieser Konflikt zum Trotz bleiben die Ultramontanen wegen ihrer kulturfeindlichen, die Freiheit in Kunst und Wissenschaft bedrohenden Endziele die leidenschaftlichen Gegner des Liberalismus. Trotz dieser Uebereinstimmung in den wichtigsten aktuellen Fragen wäre ein generelles Bündnis mit dem Zentrum ummöglich. Das wäre Unreue gegen die liberale Wählerkraft, kräftiger Opportunismus. Aber steht das sozialistische Bündnis dem Liberalen so viel näher? Man gewinnt den Eindruck, als wenn die von Barth und Raumann die Gefahr der Reaktion übertrieben, um Stimmung für ihre demokratische Linke zu machen. Wer die Zustände in unserem Vaterland unbefangener prüft, wird dagegen zu folgendem Ergebnis kommen: Gewiß ist der Einfluß der freisinnigen Linken und der konfessionell-anarchischen Rechte auf unsere Verfassung im Wachsen begriffen. Gewiß ist der Bund weit verbreitet, das Reichstagswahlrecht zu beschränken. Gewiß steht unter Wirtschaft- und Verkehrsleben unter dem Druck der anwachsenden Interessen. Aber diese Reaktion ist nicht so stark, daß es zu ihrer Überwindung einer so außerordentlichen Maßnahme bedürfte, wie eines Bündnisses mit dem Liberalismus und Sozialdemokratie. So lange wir uns im Deutschen Reich die freisinnigsten Wählerrechte in Verbindung mit dem Einkommenssteuern erfreuen, haben wir Mittel genug, um im legalen politischen Kampfe die Reaktion zu bekämpfen. Ein Bündnis mit dem Zentrum tut nicht nur. Wenn unsere politische Freiheit, wenn die Gewerbebefreiung, die Freiheit der Willkür und Kunst nicht anders gerettet werden könnte, als durch eine Selbstauflösung der liberalen Parteien, dann wollten wir gern in den Grund springen. So stark ist die Reaktion aber keineswegs. Wir haben sogar einige wesentliche Fortschritte gemacht: in der Reform des Militärstrafrechts und des Vereinsrechts. Auch die heutige Reichsregierung ist keineswegs außerordentlich kontervaiv und reaktionär. Wenn sie in der Frage der Posttarife der Wählerkraft des deutschen Reichstages entgegengekommen ist und in der Kanalfrage nachgegeben hat, so war das viel mehr ein Akt konstitutioneller als kontervaiver Staatsraison. Das Schlagwort von der Reaktion ist im Begriff, zu demselben Zeitpunkt auszuscheiden, wie das Schlagwort des Antiklerikalismus. Es gibt heute nur eine Möglichkeit für die Reaktion, die Mittel der Herrschaft wieder an sich zu reißen: Wenn nämlich die sozialdemokratische Partei und ihre Reichsregierung mit jedem Maßnahme kontervaiv weiterzuwirken sollten. Dies ist die einzige Chance, die die Reaktion in der Zukunft hat. Je näher die Gefahr einer sozialdemokratischen Majorität im deutschen Reichstag rückt, desto höher steigt der Kurs der Reaktion. Sollte man diese Gefahr befürchten können, indem man mit einer Partei verhandelt, die — der Sozialdemokratie Wähler und Mandate zufließt werden?

Die große demokratische Linke soll das Mittel sein, um die Reaktion zu überwinden. Ein Mittel zum Zweck, eine tatsächliche Maßregel. So wenigstens wird sie von Barth und seinen engeren Freunden verstanden. Auf jeden Fall gegen die Reaktion ist die Sammelpartei Barth's, Raumann's und die Nationalsozialisten aber wollen den demokratischen Block um seiner selbst willen. Wenn Barther Raumann jetzt von Hand zu Hand reißt, um den Zusammenbruch der Liberalen mit der Sozialdemokratie zu verhindern, so leben wir ihn an seinem politischen Lebenswerk. Die große demokratische Linke, gehört um die Klassenbewußte Lohnarbeiterkraft, dieses Ideal hat Raumann bereits in seinem Buch „Demokratie und Kaiserthum“ entworfen. Wenn er den alten nationalsozialistischen Verein für dieses Projekt noch nicht mehr gemacht hatte, so unterließ er das mit Rücksicht auf die Einigkeit in der Partei und aus taktischen Gründen. Es ist bemerkenswert, daß die Nationalsozialisten bei den letzten Reichstagswahlen Raumann nicht in einem indultierten, sondern in einem landlichen Kreise Oldenburg I. aufgestellt hatten. Die Rücksicht auf die eigenen Wähler und die Wählerkraft der Nationalsozialisten bislang verbunden, die Bündnisfrage aufzuwerfen. Sie unternehmen es heute nur deshalb, weil ihnen Barth den Rücken gefährt hat. Die Fusion mit der freisinnigen Vereinigung bedeutet für die Nationalsozialisten einen Rückzug nach links und nicht Reorganisation. Heute erklärt Raumann, daß sie an dem Klassencharakter des Nationalsozialismus festhalten wollen. Bei seiner letzten großen Rede im alten nationalsozialistischen Verein dagegen gab er seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es sollte, auf den Abgebundenen der Arbeiterbewegung hinsichtlich zu verzichten. Wie ein Wölkchen aus der Höhe, so ist der Nationalsozialismus aus der Liquidation im vorigen Jahre emporgestiegen. Erst seit Aufklärung seines alten Vereins ist es Raumann vergangen, für sein politisches Lebenswerk, die große demokratische Linke, Propaganda zu machen. Sein Wunder, wenn er und seine Freunde erklären: wir Nationalsozialisten haben kein Bedürfnis nach einer Spaltung der freisinnigen Vereinigung, das neue Haus gebaut.

An seiner Auslassung im „Berliner Tageblatt“ gibt er zu, daß der Revisionismus in der Sozialdemokratie untergeordnet sei, nicht aber, weil es keinen ausreichenden Rückhalt für eine Politik nach Art von Jaures in deutschen Bürgerthum gibt. Dieser Rückhalt muß erst da sein, wenn die Sozialdemokraten den Gedanken ernstlich fassen wollen, einen Block der Linken bilden zu helfen. Ihn vorbereiten ist unsere Aufgabe. Raumann erkennt also an, daß die Sozialdemokratie heute noch nicht bereit ist, ein Bündnis mit den Liberalen eingegangen. Er gibt sogar zu, daß die revisionistische Richtung in der Sozialdemokratie am Boden liegt, daß es sich also bloß um eine Vorbereitung des demokratischen Blocks handeln kann. Dennoch hält er daran fest, daß die liberalen Wähler schon heute für das Bündnis gewonnen werden müssen. Er will jetzt schon für sein großes Projekt Stimmung machen. Und diese Bündnisstimmung bei den Liberalen soll dann die gleiche Stimmung in der Sozialdemokratie auslösen, als ob nicht bislang der Revisionismus noch immer durch Sympathieerklärungen aus dem nationalsozialistischen Lager kompromittiert worden wäre. Man denke nur an Luers Verteidigung auf dem Dresdener Parteitag gegen Raumann's Lob. In der Tat, es erbötet viel „Wanderlust“ dazu, für ein so ferne und ungewisses Ziel Propaganda zu machen. Sollte selbst ein Mann wie Raumann nicht wissen, wie unendlich schwer es hält, die Menge nach einem neuen Ziele zu führen? Und nun gar nach einem so unsicheren, in einem Wagnisalter vielleicht nicht erreichbaren Ziele! Sollte Raumann nicht wissen, daß die Propaganda für ein solches nebelhaftes Projekt absolut keine Aufgabe der praktischen Politik ist? Hat selbst Raumann noch nicht gelernt, daß die Politik die Kunst des Erreichbaren ist? Der alte Raumann, der vor einem Jahre erst heimlich bekannt hat, daß der nationalsozialistische Idee die parteibildende Kraft fröle! Im November 1896 ward die nationalsozialistische Partei gegründet. Am 31. August 1903 löste sie sich auf Antrag Raumann's auf, weil es ihr nicht gelungen war, bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903, trotz der größten Anstrengungen mehr als ein Mandat zu erobern. Sieben Jahre hat Raumann nun von Neu angedacht, will er nun noch weitere sieben Jahre Rebel dienen, ohne gewisse Aussicht, die Braut heimzuführen? Es ist das Verhängnis der Nationalsozialisten, daß es ihnen nicht gelungen ist, zu liquidieren. Sie hatten sich selbst überwunden, um endlich einmal praktische Politik zu treiben. Wählerfolge zu erringen. Sie waren im Begriff, ein Stück des bürgerlichen Liberalismus zu werden. Doch es sollte anders kommen. Bereits vor dem Stichwahlen im Jahre 1903 hatte der alte Raumann die verhängnisvolle Karte steigen lassen: Wählt auf jeden Fall gegen die Reaktion, also auch einen Sozialdemokraten. Dieses Reimotiv hat er dann unermüdet und in immer neuen Variationen wiederholt, und dabei auch die Unterstützung einiger seiner nächsten Freunde gefunden. Das war das Signal, welches den Nationalsozialismus von neuem zum Kampfe begeisterte. Das war die Partische Parole denn anders, als die nationalsozialistische: Auf jeden Fall mit der Arbeiterbewegung, also mit der Sozialdemokratie. Im Jahre 1905 soll eine Generalversammlung der freisinnigen Vereinigung stattfinden, in der die Bündnisfrage zur Diskussion gestellt werden wird. Was wird dabei herauskommen? So viel ist ganz sicher: Weder können Raumann und Barth im besten Falle nicht erreichen, als daß sie bei den nächsten Reichstagswahlen der Sozialdemokratie ein paar tausend Stimmen und vielleicht einige Mandate zuführen. Auf Gegenseitigkeit leitens der Sozialdemokratie kann mit Sicherheit nicht gerechnet werden. Im Grunde hat die ganze Bewegung also vorerst keine andere praktische Bedeutung, als die einer Stichwahlparole für die nächsten Reichstagswahlen. Die Vorbereitung auf den großen demokratischen Block bedeutet also für jetzt weiter nichts als eine Bequignigung der Sozialdemokratie zur Bekämpfung der Reaktion und zur Förderung der Arbeiterbewegung. Raumann und die Seinen wissen aus der Geschichte des Nationalsozialistischen Vereins, daß sie früh aufstehen müssen, wenn es ihnen gelingen soll, den bürgerlichen Wählern „das Gerübel vor der Sozialdemokratie“ abzugewöhnen. Deshalb haben sie die Wahlparole schon heute aus. Sie wissen aus zahlreichen Beispielen, daß sich die Wähler zur Unterstützung einer fremden Partei nicht kommandieren lassen. Es muß zuerst ein Gleichklang der politischen Stimmung hergestellt werden. Der deutsche Reichstagswähler ist kein Soldner, der heute für diese, morgen für jene Partei kämpft. Deshalb soll die freisinnige Wählerkraft schon heute darüber aufgeklärt werden, daß sie unter den politischen Parteien keinen besseren Freund hat, als die Sozialdemokratie. Diese Aufklärungsarbeit könnte aber nur dann glücken, wenn es zugleich gelänge, das Nationalsozialistische, den Nationalsozialisten in der freisinnigen Wählerkraft zu unterdrücken. Denn was die Sozialdemokratie von der übrigen Wählerkraft am meisten trennt, ist doch ihr Mangel an nationaler Gesinnung. Deutsch ist, wer deutsch fühlt und empfindet, sagt Komprecht. Männern, die in politischen Gesinnungen gefolgt sind, mag es wohl möglich sein, sozialdemokratisch zu wählen, ohne Schaden an ihrer nationalen Gesinnung zu nehmen. Dies gilt aber nicht für die Mehrzahl der Wähler. Sie wählt nach großen Gesichtspunkten. Die Freisinnigen werden erst dann rot wählen, wenn sie selbst rot erworben sind. Wählen heißt: Farbe bekennen. Das ist das Gefährlichste an der Barth-Raumann'schen Propaganda, daß sie auf Kosten des nationalen Bewusstseins arbeiten muß. So wahr es in unserer Zeit ist, daß freisinnige Institutionen der besten Nährboden für nationale Gesinnung sind, so fest steht die andere Wahrheit: Freiheit allein tut's nicht. Auch das freie Volk kann an dem Mangel nationaler Gesinnung zu Grunde gehen. Es wäre in der Tat ein Unglück für unser Volk und ein Schaden von nationalem Verfall, wenn es gelänge, der liberalen Wähler-